

dass begabte Menschen mit weniger Bildung, als für sie möglich wäre, die Schule verlassen und trotz größeren Potenzials lediglich einen Hauptschulabschluss erwerben? Was wird aus denen, die überhaupt keinen Hauptschulabschluss erreichen? Über zehn Prozent der jungen Leute eines Jahrgangs gehören dazu.

Wir wollen, dass jeder junge Mensch, der gesundheitlich dazu in der Lage ist, einen Schulabschluss erreicht. Vorsorgender Sozialstaat heißt, alle Kraft in die Bildung und persönliche Entwicklung der jungen Menschen zu stecken.

3. *Behinderung.* Der moderne Sozialstaat, der Teilhabe zu gewährleisten als zentrale Aufgabe begreift, muss einen neuen Blick für die Menschen mit Behinderungen entwickeln.

Auch da gibt es viel Unwissen über die Realität. Mehr als 8 Millionen Menschen sind in Deutschland behindert. Die meisten davon sind nicht mit einer Behinderung geboren. Das ist ein Schicksal, das fast jeden ereilen kann. Das Engage-

ment für die Menschen mit Behinderungen, die Schaffung von Barrierefreiheit ist leider noch lange kein Allgemeingut in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger und der Institutionen.

Trotzdem ist viel erreicht worden in den Jahren einer sozialdemokratisch geführten Regierung. Der Teilhabegedanke hat das Rehabilitationsrecht erreicht, Barrierefreiheit wurde vielen Institutionen vorgeschrieben. Die Integration, auch der Menschen mit Behinderungen in das Arbeitsleben, ihre Unabhängigkeit auch von traditionellen Einrichtungen durch das zur Verfügungstellen eines persönlichen Budgets zur Ausgestaltung von Hilfeleistungen sind die Aufgaben, die sich uns heute stellen.

An der Art wie wir mit den Menschen mit Behinderungen umgehen, zeigt sich auch, wie wir als Gesellschaft eingestellt sind. Es ist ein wichtiger Gradmesser für die Art und Weise unseres Zusammenlebens. Wir sollten uns also Mühe geben.

Joachim Poß

Für richtige Weichenstellungen

Anmerkungen eines Finanzpolitikers zur SPD-Programmdiskussion

Seit dem Berliner Bundesparteitag der SPD 1989, auf dem das gegenwärtige Grundsatzprogramm verabschiedet worden ist, hat es auch auf den Finanz- und Kapitalmärkten gravierende Veränderungen gegeben.

So ist der Kapitalverkehr mittlerweile nahezu weltweit liberalisiert und dereguliert worden. Die Finanzmärkte sind mit fast unheimlicher Dynamik gewachsen, in den Strukturen völlig gewandelt und stark internationalisiert.

Weil diese Entwicklungen von großer Bedeutung für die Gesellschaft und auch

für das Leben vieler einzelner Bürgerinnen und Bürger sind, muss die SPD auch in ihrer Programmatik, das heißt in dem neuen Grundsatzprogramm, das bis Ende 2007 entworfen, diskutiert und verabschiedet werden soll, dazu Stellung nehmen.

Sicherlich korrespondieren die neuen Strukturen und die enorm gestiegene Größe und Dynamik der Finanz- und Kapitalmärkte mit »berechtigten« Anlage- und Finanzierungsbedürfnissen, die ansonsten vielleicht nicht befriedigt werden könnten. So ist Beteiligungsfinanzierung unbe-

stritten ein wichtiges Thema z.B. für junge Technologieunternehmen (*Venture Capital Fonds*) und wird immer mehr zum Thema für den deutschen Mittelstand.

Natürlich geht es bei der Entwicklung der Finanzmärkte und insbesondere bei den neuen hochkomplexen Finanzierungsinstrumenten auch um Risiko-steuerung und vielleicht auch um höhere Markteffizienz.

Finanzmärkte als Anlass für berechnigte Kapitalismuskritik

Aber ist deshalb alles, was auf den nationalen und internationalen Kapital- und Finanzmärkten geschieht, von der Politik zu tolerieren? Haben nicht gerade große transnational operierende Fonds bzw. Finanzkonzerne oder auch *Rating*-Agenturen eine viel zu große Macht gewonnen und ein viel zu großes ökonomisches und auch soziales Destabilisierungspotenzial erreicht? Brauchen wir deshalb hier nicht mindestens mehr Transparenz, wenn nicht sogar mehr staatliche Regulierung?

Beeinflussen die Finanz- und Kapitalmärkte nationale (und auch supranationale) Politiken nicht mittlerweile in einem Ausmaß, das demokratische Willensbildung in Frage stellt (»*Shareholder*-Kapitalismus«)?

Es ist bezeichnend, wenn nicht nur Globalisierungsgegner, sondern auch z.B. die DEUTSCHE BUNDESBANK oder die EZB vor den Gefahren von *Hedge Fonds* für die Stabilität des (internationalen) Finanzsystems warnen.

Überzogene Renditeforderungen von Investoren und eine Fixierung auf kurzfristig zu erzielenden ökonomischen Erfolg sind Phänomene, die unbedingt kritisch zu sehen sind.

Die von Franz Müntefering im Frühling 2005 angestoßene Debatte über Fehlentwicklungen und Auswüchse des globalisierten Kapitalismus, in der es auch um diese Fragen ging, ist bei weitem

noch nicht zu Ende ausgetragen. Sie sollte auch im Rahmen der anstehenden SPD-Programmdebatte geführt werden. Dabei geht es weder um eine pauschale Verteufelung des globalisierten Kapitalismus noch darum, dessen positive Möglichkeiten und Chancen zu ignorieren.

Die SPD hat immer – und mehr als andere politische Kräfte – ausgezeichnet, dass sie »falsche« politische, gesellschaftliche, ökonomische Verhältnisse nicht einfach als unabänderlich gegeben hingenommen hat: Was unseren Grundwerten und Zielen widerspricht, muss als nicht in Ordnung kritisiert und mit aller Kraft korrigiert werden.

Diese gute Tradition ist für die SPD konstitutiv und muss es auch weiterhin bleiben. Wirkung kann die SPD allerdings nur erzielen, wenn sie sich dabei sachlich-nüchterner Analyse bedient und realistische und tragfähige Politikkonzepte verfolgt.

Ideologien und dogmatische Fixierungen sind bei der nötigen Auseinandersetzung mit der Realität, insbesondere mit der Realität des globalisierten Kapitalismus, der immer stärker unser aller Leben verändert, kontraproduktiv.

Als Fußnote: Es ist bemerkenswert, in welcher Weise der verstorbene Papst Johannes Paul II den globalisierten Kapitalismus kritisiert hat. Dahinter sollte auch sein Nachfolger nicht zurückfallen – und selbstverständlich auch nicht die SPD.

Die SPD muss auch in ihrem neuen Grundsatzprogramm deutlich benennen, dass und wo der globalisierte Kapitalismus die Ursache für menschliche und ökologische Ausbeutung, für soziale Spaltungen und Ausgrenzungen und manchmal auch für politische Konflikte und Krisen ist. Alles andere wäre analytisch zu dürftig und ein unangemessener Bruch mit der programmatischen und diskursiven Tradition der SPD.

Nur auf der Basis einer auch grundsätzlichen Analyse und Kritik der ökonomischen

mischen und gesellschaftlichen Strukturen können zielführende, die Wirklichkeit auch tatsächlich zum Besseren verändernde Politikstrategien entwickelt werden.

Eine angemessene und fundierte Auseinandersetzung mit den (kapitalistischen) Verhältnissen muss sich dabei eingehend dem Problem zunehmender Konzentration ökonomischer Macht widmen.

Hierbei darf im neuen SPD-Grundsatzprogramm nicht hinter das Berliner Programm von 1989 zurückgegangen werden, das ausdrücklich die Konzentration ökonomischer Macht als ganz großes Problem für die Gestaltungsmöglichkeiten von demokratischer Politik, für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität definiert und die SPD auffordert, Macht dort, wo sie korumpiert, zerstört oder unterdrückt, zu bekämpfen oder einzuschränken.

Nationale (Finanz-)Politik trotz Globalisierung weiterhin möglich

Die zentrale Frage für den Politikentwurf der SPD wie aller anderen Parteien ist, wie weit der (nationale) Staat, auf den Parteipolitik in erster Linie zielt, angesichts der großen Veränderungen der letzten Jahre und Jahrzehnte überhaupt noch Gestaltungsmöglichkeiten besitzt.

Seit Jahren wird von vielen die Auffassung vertreten, dass insbesondere die ökonomischen Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten des (nationalen) Staates in der globalisierten Weltgesellschaft signifikant abgenommen haben.

Unbestreitbar ist, dass sich die Bedeutung des Nationalstaates in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt hat. Kein Staat ist mehr eine Insel; die grenzüberschreitenden Abhängigkeiten werden für alle größer und größer. Nationale Politik ist sehr stark unter Druck geraten. Die oben angesprochene »neue« Macht transnationaler Finanzkonzerne und die ohne

weiteres umsetzbare »Drohung« von Unternehmen und ihrer Lobbygruppen mit Standortverlagerungen und Jobexport bei nicht genehmer staatlicher Politik sind hier wichtige Faktoren.

Daraus aber abzuleiten, autonome nationale Politik sei weitgehend weder möglich noch nötig, ist – in der Regel interessegeleiteter – Unsinn.

In der Tat mag es sich bei dem einen oder anderen Problem erweisen, dass die politischen Gestaltungsmöglichkeiten in einer Welt ohne Grenzen geringer sind. Aber mit Sicherheit ist mehr an – auch nationaler – Politik möglich, als Neoliberale und andere uns allen in den letzten Jahren versucht haben weiszumachen.

Eine entscheidende Aufgabe der nationalen Politik und der sie tragenden Parteien ist dabei, geschrumpfte Gestaltungsspielräume vor allem durch grenzüberschreitende Kooperation und grenzüberschreitenden Interessenausgleich auch wieder zu vergrößern. Das muss sich auch in der Programmatik der SPD widerspiegeln.

Der Verzicht auf gestaltende Politik darf nicht die Antwort auf Internationalisierung und immer stärkere weltweite kapitalistische Vermachtung sein. Hier werden die Sozialdemokraten den Konservativen und Neoliberalen nicht auf den Leim gehen.

Das gilt für nahezu alle Politikbereiche und natürlich auch für den Umgang der Politik mit den Problemen der internationalen Kapital- und Finanzmärkte und der internationalen Finanzarchitektur.

Die unbestritten positiven Effekte, die sich aus den Geschäften und Engagements von Finanzinvestoren für Beschäftigung und Wohlstand auch in Deutschland ergeben können, gilt es zu erhalten oder auch auszubauen; die Risiken für die Stabilität des Finanzsystems, die sich insbesondere aus dem Geschäftsgebaren von *Hedge Fonds* ergeben können, und Strategien von Finanzinvestoren zur Unter-

nehmens- und Arbeitsplatzvernichtung gilt es zu minimieren.

Auch hier gibt es Spielräume für nationale Politik, die es zu nutzen gilt. Aber vor allem die Eingrenzung des Destabilisierungspotenzials von *Hedge Fonds* wird zu friedienstellend nur möglich sein, wenn es Deutschland gelingt, hier mit seinen europäischen Partnern und vor allem mit den USA entsprechende Regulierungen zu erarbeiten und durchzusetzen.

Bewahrung staatlicher Handlungsfähigkeit auch angesichts begrenzter finanzieller Spielräume

(National-)Staatliche Handlungsfähigkeit wird nicht nur durch reale oder behauptete Problemlösungsgrenzen bestimmt. Staatliche Handlungsfähigkeit – hier muss das SPD-Grundsatzprogramm ganz klar sein – setzt auch voraus, dass dem Staat ausreichend finanzielle Mittel zur Bewältigung der gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen zur Verfügung stehen.

Das ist ebenfalls nicht trivial: Zum einen werden die Herausforderungen, auf die auch mit staatlichen Finanzen reagiert werden muss, in Zukunft nicht geringer. Ich will nur zwei Herausforderungen nennen: So wird die demografische Entwicklung die öffentlichen Finanzen für eine lange Zeit stark belasten; so werden auf Dauer weiterhin viele Milliarden EURO zur Bewältigung der Deutschen Einheit aufgewendet werden müssen.

Zum anderen sind die seit vielen Jahren hohe öffentliche Kreditaufnahme in Deutschland auf allen staatlichen Ebenen und – damit einhergehend – ein stark gestiegener Schuldenstand der öffentlichen Haushalte ein alarmierendes Signal. Sollte sich diese Entwicklung weiter ungebremst fortsetzen, werden die Zinszahlungs- und Tilgungsverpflichtungen die öffentlichen Haushalte in einem Aus-

maß beherrschen, das die Finanzierung gestalterischer Politik auf allen staatlichen Ebenen stark erschwert.

Schon allein deshalb ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Sinne der Zurückführung der öffentlichen Kreditaufnahme und möglichst der Senkung des öffentlichen Schuldenstandes zwingend. Dazu sollte sich auch das neue SPD-Grundsatzprogramm klar bekennen: nicht nur die ökologische Nachhaltigkeit, sondern auch die »finanzielle« Nachhaltigkeit im Sinne des Erhaltes der staatlichen Finanzierungsfähigkeit jetzt und in Zukunft sollte als sozialdemokratisches Politikziel programmatisch festgeschrieben werden.

Die fiskalischen Probleme stellen sich dabei nicht nur im Bundeshaushalt, sondern auch auf der Ebene der Länder und Kommunen – was das Problem nicht weniger komplex macht. Die öffentlichen Haushaltsnöte werden nur zu lösen sein, wenn der Bund, die Länder und die Kommunen dabei an einem Strang ziehen und solidarisch miteinander umgehen. Dieser Gedanke muss auch weiterhin die verfassungsrechtliche und sonstige gesetzliche Regelung der Finanzbeziehungen zwischen den Gebietskörperschaften in Deutschland bestimmen.

Die Durchsetzung bzw. Sicherung der finanziellen staatlichen Handlungsfähigkeit ist ein Thema mit vielen Dimensionen.

So führt die unvoreingenommene Analyse der realen Gegebenheiten zu dem Ergebnis, dass die nachhaltige Gewährleistung der finanziellen Gestaltungsfähigkeit des Staates ohne eine Sicherung und Verstärkung der Steuereinnahmen-Basis der öffentlichen Haushalte nicht gelingen kann. Auch dies wird das neue SPD-Grundsatzprogramm feststellen müssen.

Der Erosion des nationalen Steueraufkommens in Folge von internationalen Besteuerungsunterschieden oder sogar ausländischem Steuerdumping ist entge-

gen zu wirken. Durch eine entsprechende internationale Zusammenarbeit (Stichwort z.B.: europäische Steuerharmonisierung), aber auch durch geeignete nationale Anstrengungen ist die nationale Steuerbasis nachhaltig und dauerhaft zu sichern.

Staatlich organisierte, solidarische soziale Sicherung auch in Zukunft unverzichtbar

An den Identitätskern der SPD geht die Frage, wie weit die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates des Ab- oder Umbaus der staatlich organisierten sozialen Sicherung bedarf. Eine Antwort hierauf muss vorsichtig und differenziert gegeben werden. Sozialpolitik darf nicht losgelöst von den finanziellen Möglichkeiten heute und morgen gesehen und formuliert werden. Sie ist aber auch kein reiner Appendix der staatlichen Budgetpolitik.

Die von vielen geforderte »Neuordnung« des Sozialstaats ist zudem nichts, was jetzt erst beginnen muss, sondern ist ein bereits mit aller Macht seit Jahren stattfindender Prozess; der Sozialstaat ist schon lange nicht mehr »fett« – wenn er es denn je wirklich war.

Der Prozess der Neujustierung des Sozialstaats wird und muss allerdings weiter gehen. Weiterhin gilt: Nicht jeder Anspruch an den Staat wird erfüllt werden können.

Verantwortungsbewusste Finanz- und auch Sozialpolitik muss ständig Aufgaben- und Ausgabenkritik betreiben und die Effizienz staatlichen Handelns verbessern.

Es muss allerdings im Grundsatzprogramm ein klares »Nein!« geben gegen die (Sozial-)Staatsfeindlichkeit derjenigen, die auf eine weitgehende Abkehr von der staatlich organisierten sozialen Sicherung und auf radikal weniger sozialen Zusammenhalt in Deutschland abzielen.

Die solidarische, durch und über den Staat organisierte soziale Sicherung und

der ohne staatliche Eingriffe und Steuerungen nicht realisierbare soziale Zusammenhalt müssen erhalten werden. Diese Zielbeschreibung und das Bekenntnis zu der dafür unverzichtbaren Umverteilung von finanziellen Mitteln von den »wirtschaftlich Leistungsfähigeren« zu den weniger bis gar nicht »Leistungsfähigen« – ich kann mir ein SPD-Grundsatzprogramm ohne diese Punkte nicht vorstellen. Das ist im übrigen kein Widerspruch zu den diskutierten Modellen eines »aktivierenden« oder »vorsorgenden« Sozialstaates: auch diese Modelle funktionieren nicht ohne Umverteilungsstrukturen.

Verteilungsgerechtigkeit nach wie vor Politikziel und Politikvoraussetzung

Steuerpolitik hat sicherlich zunächst einmal die Aufgabe, die nötigen Mittel für die Aufgabenerfüllung des Staates beizubringen.

Aber sie ist genauso – zumindest nach sozialdemokratischem Verständnis – Instrument zur Herstellung von mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft.

Es sollte gedankliches Allgemeingut sein, dass zu große Einkommens- und Vermögensunterschiede in einer Gesellschaft dem sozialen Zusammenhalt und auch dem sozialen Frieden Schaden zufügen. Die Politik – und zwar aller Parteien – sollte deshalb mindestens darauf abzielen, die materiellen Gräben in der Gesellschaft nicht zu groß werden zu lassen. Darum geht es nach meinem Verständnis im Kern bei dem traditionellen und für die SPD zentralen Ziel der »Verteilungsgerechtigkeit«.

Bei der nötigen und anzustrebenden Annäherung an eine ausgeglichene Einkommens- und Vermögensverteilung sind nahezu alle Politikbereiche gefragt – insbesondere Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik, aber natürlich auch die Steuer- und Abgabepolitik.

Verteilungsgerechtigkeit hat dementsprechend viele Facetten: Dazu gehört die bereits angesprochene staatlich organisierte solidarische soziale Sicherung mit ihren unverzichtbaren Umverteilungselementen. Dazu gehört auch die staatliche – Wer sonst als der Staat kann das? – Herstellung von Chancengerechtigkeit vor allem durch die Bereitstellung von ausreichenden und qualitativ hochwertigen Bildungsstrukturen gerade für die »Schwachen« und Benachteiligten in der Gesellschaft.

Dazu gehört auch nach wie vor, dass sich die materiell »Starken« und wirtschaftlich »Leistungsfähigen« in ausreichend starkem Maße an der Finanzierung des Staates beteiligen. (»Die starken Schultern müssen mehr tragen als die schwachen Schultern.«) Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Verbesserung des Kampfes gegen Steuerhinterziehung, der sowohl zur Sicherung der Staatsfinanzen als auch aus Gerechtigkeitserwägungen zwingend ist. (»Der Ehrliche darf nicht der Dumme sein.«)

Das Verhältnis zwischen Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit ist damit von gegenseitiger Abhängigkeit geprägt: Einerseits hilft Chancengerechtigkeit beim Erreichen von mehr Verteilungsgerechtigkeit. Andererseits lässt sich nur durch Umverteilung finanzieller Mittel von »oben« nach »unten« die angestrebte Chancengerechtigkeit erreichen; soziale Sicherung, Infrastruktur, gute Bildung etc. können sich die wirtschaftlich weniger »Leistungsfähigen« in der Regel nicht selbst im nötigen Maße leisten und müssen die, die demgegenüber mehr besitzen, zumindest mitfinanzieren.

Wer einen Gegensatz zwischen Verteilungs- und Chancengerechtigkeit konstruiert, liegt damit grundfalsch. Die Herstellung von mehr Verteilungsgerechtigkeit hat sich nicht erledigt; sie muss deshalb Grundsatz der SPD-Politik bleiben und darf nicht als Ziel aus dem Grundsatzprogramm gestrichen werden.

Schlussbemerkung

Zwar kommt die Regierungs-SPD nicht umhin, sich in gewissem Ausmaß auf die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse einzulassen, die sie eigentlich verändern will. Leitlinie – und das nicht nur als programmatische Festlegung – muss aber bleiben, weiterhin den Kapitalismus dort zu kritisieren und dort auf seine Regulierung und Steuerung hinzuwirken, wo er zu Ergebnissen führt, die mit den Grundwerten der SPD nicht vereinbar sind. Es gibt auch im Zeitalter der Globalisierung weiterhin genug Spielraum für eine solche Politik. Wir werden uns im neuen Grundsatzprogramm sowohl von den Neoliberalen bzw. Marktradikalen abgrenzen als auch von den Ideologen und Traumtäänzern im linken Spektrum.

Sozialdemokratische (Finanz-)Politik muss sich in Theorie und Praxis an den wirklichen Umständen orientieren; irrealer Forderungen und bloße Wunschvorstellungen führen ins Abseits.



Joachim Poß (*1948)
MDB, ist stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion.
joachim.poss@bundestag.de